

LANDESFRAUENRAT

Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Organisationen in
Baden-Württemberg

Rotebühlstr. 133, 70197 Stuttgart, Tel.(07 11) 62 11 35 Fax (07 11) 61 29 98

Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit

Monika Schmitz (DAB)

T/F: 07131-178540/-166985

Stuttgart, 14. Juni 1996

Stuttgarter Erklärung der Landesfrauenräte:

Die Vorstände der Landesfrauenräte bekräftigen bei ihrer jährlichen Konferenz mit dem Vorstand des Deutschen Frauenrates in Stuttgart am 14. Juni 1996 ihren Willen zur Zusammenarbeit. In ihrer Basisnähe und Vielfalt stehen ihre 11 Millionen Mitglieder für ein breites Spektrum von Frauenleben.

**Sie appellieren an Bundestag und Bundesrat,
bei Gesetzentwürfen der Bundesregierung
im Sinne des Grundgesetz-Auftrages Artikel 3 (2) abzustimmen!**

Aktuell fordern sie,

- das Vertrauen der Frauen auf eine Übergangsregelung bei der Angleichung des Rentenalters nicht zu enttäuschen. Arbeiternehmerinnen der Jahrgänge ab 1941 beispielsweise hätten immerwährend 18 % weniger Rente, wenn sie schon mit 60 Jahren von ihrem Anspruch Gebrauch machten.
Die Abgeordneten dürfen diesen Frauen den vom Bundesverfassungsgericht zugesagten Ausgleich für Verzicht auf Erwerbsslohn während der Kindererziehung nicht vorenthalten.
Die Landesfrauenräte fordern Bundesarbeitsminister Blüm auf, in die angekündigte Rentenreformkommission Frauen und Männer gemäß dem Bundesgremiengesetz zu berufen.

Aktuell fordern sie,

- beim Kündigungsschutz Frauenbelange zu respektieren.
Die vorgesehene Lösung würde beispielsweise bei betriebsbedingten Kündigungen nach den Kriterien Lebensalter, Betriebszugehörigkeit und Unterhaltspflicht Frauen unrechtmäßig benachteiligen.
- die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht zu kürzen, weil viele Frauen mit Kindern aufgrund ihres geringen Einkommens davon übermäßig betroffen wären.
- anstelle der Versicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse die Pflicht und die Möglichkeit zum Aufbau eigenständiger Altersvorsorge bei Teilzeitarbeitsplätzen zu setzen.
Die Landesfrauenräte fordern das Bundesfrauenministerium zu einer Informationskampagne auf und sind bereit, sich daran zu beteiligen.

Aktuell fordern sie,

durch die für 1997 zugesagte Erhöhung des Kindergeldes Müttern zu zeigen, daß der Staat sie in ihrer Sorge für die Nachkommen unterstützt.